Helfer dringen auf ein Ende der Gewalt in Syrien

1. März 2018

Berlin/Aachen (KNA) Angesichts der zugespitzten Lage in Ost-Ghouta fordern Hilfswerke neue europäische Friedensbemühungen.

Das Internationale katholische Missionswerk missio appellierte am Mittwoch in Aachen an die europäischen Staaten, neue diplomatische Bemühungen zu starten und viel stärker politisch in der Region präsent sein, um die Gewalt zu beenden. „Die syrischen Christen sehen sich als die großen Verlierer des Krieges und sind enttäuscht, weil sich Europa nicht als Friedensmacht erweist“, sagte missio-Präsident Klaus Krämer, der sich derzeit in Beirut mit Vertretern verschiedener Kirchen aus Syrien trifft.

Vor allem die Flucht von gut ausgebildeten und jungen Menschen, eine grassierende Verarmung und Arbeitslosigkeit schwächten die Lage der Christen in Syrien, sagte Krämer. „Hier müssen auch wir als katholisches Hilfswerk unseren Partnern helfen, in Syrien durch ihre pastorale und soziale Arbeit den jungen Menschen eine Perspektive geben zu können.“ Der chaldäische Bischof von Aleppo, Antoine Audo, kritisierte, der reiche Westen konzentriere sich vorrangig auf wirtschaftliche sowie geopolitische Vorteile und die eigene Sicherheit. Er wünsche sich vom Westen dagegen einen „menschlicheren Ansatz“ in der Nahost-Politik.

Zur Lage in Aleppo sagte er, dass einige christliche Familien zurückgekehrt seien und relative Ruhe herrsche. Die Menschen hätten auch wieder Strom und Wasser und wollten eine „Rückkehr zur Normalität“. Aleppo brauche aber eine stärkere Unterstützung beim Wiederaufbau. Die neuen Kämpfe in anderen Regionen Syriens und Damaskus seien zermürbend, so Bischof Audo weiter. „Wir dachten, dass es besser wird, aber jetzt gibt es wieder Bombardements und neue Bündnisse der Kriegsparteien und das fordert wieder nur Opfer unter der Zivilbevölkerung“, sagte er.

Für eine großzügige Aufnahme syrischer Flüchtlinge sprach sich die Diakonie aus. „Besonders die Zusammenführung mit bereits hier lebenden Familien muss erleichtert werden“, sagte DiakoniePräsident Ulrich Lilie in Berlin. „Die Bilder von Krieg und Zerstörung, die täglich im Fernsehen kommen, bedeuten für viele, die aus dieser Hölle zu uns flüchten konnten, Todesangst um ihre Ehepartner, Kinder, Väter, Mütter und Geschwister. Damit dürfen wir sie nicht alleine lassen“, so Lilie. Der Diakoniepräsident bekräftigte die Kritik der Hilfsorganisation am Verhandlungsergebnis für eine künftige große Koalition: „Mit der Begrenzung der Familienzusammenführung auf monatlich 1.000 Personen zeigen sich Unionsparteien und SPD kleinherzig“, sagte Lilie. Es schade der Integration, wenn Menschen Furcht um ihre Familien ausstehen müssen, anstatt sich auf ihre neue Heimat einlassen zu können.

(KNA – skmms-89-00167)

Stand: 27. November 2026